

# Donald Trump – eine Zwischenbilanz

Leiten ihn unreflektierter Größenwahn oder bauernschlaues Kalkül? Ist er ein vom *Deep State* gesteuerter Büttel der Macht oder Erfüllungsgehilfe einiger ultrakonservativer Milliardäre? Die Welt staunt über diesen Präsidenten, dessen Wahl man als Unfall der amerikanischen Geschichte sehen könnte. Dieser Unfall ist Glück und Unglück zugleich. Denn es könnte noch schlimmer werden.

Von Max Otte

Zu dem Zeitpunkt, an dem ich diese Zeilen niederschreibe, ist Donald Trumps Zukunft als Präsident der Vereinigten Staaten ungewiss. Und die Zukunft des Landes und der Welt ist sehr viel unsicherer, als dies seit vielen Jahrzehnten der Fall war. Ein mediales Trommel- und Dauerfeuer aus allen Rohren ergießt sich über den 45. Präsidenten. Eine „Russland-Affäre“ wird inszeniert, andere Affären, auch persönlicher Natur, werden enthüllt. Der Präsident schießt in einer Art und Weise zurück, die man zuvor für einen Amtsinhaber im Weißen Haus nicht für möglich gehalten hatte. *Fake Media*, „Lügenpresse“ und „unehrliche Berichterstattung“ sind nur einige der Vorwürfe, die Trump regelmäßig den etablierten Medien gegenüber erhebt.

Der zum Teil surrealen Präsidentschaft Donald Trumps nähern Sie sich am besten aus dem Blickwinkel eines alternativen Paradigmas, das Sie so in den Mainstream-Medien nicht sehen, hören oder lesen, das aber von respektablen Persönlichkeiten wie dem Ex-US-Finanzminister Paul Craig Roberts, dem Schweizer Historiker Daniele Ganser und dem früheren deutschen Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer vertreten wird. Dieser alternative Erklärungsansatz beruht auf zwei Säulen. Erstens: Die Demokratie ist auch im Westen nennenswert beschädigt, Medien



*America first!*

und Politiker werden massiv durch Lobbys und nicht gewählte Akteure, die *GAZETTE*-Gründer Fritz Glunk „Schattenmächte“ nennt, beeinflusst und teilweise sogar gesteuert. Wie sehr sich diese oligarchischen Tendenzen durchgesetzt haben, mag offen bleiben. Tatsache ist, dass es sie gibt. Zweitens: Die USA als militärische Supermacht streben eine Strategie der globalen Dominanz, der Weltherrschaft an (*full spectrum dominance*). Amerikanische Chefdenker, wie der vor einiger Zeit verstorbene Zbigniew Brzezinski, Robert Kagan oder Robert Kaplan geben dies unumwunden zu. Kagan ist der Ehemann der US-Botschafterin Victoria Nuland, die offenlegte, dass die USA an die fünf Milliarden Dollar für den Umsturz in der Ukraine ausgegeben haben, und die in einem abgehörten Telefonat das berühmte „*fuck the EU*“ von sich gab. Bei ihrer Herrschaftsstrategie schrecken die USA auch nicht vor durch Lügen provozierten Kriegen (Brutkastenlüge im ersten Golfkrieg, irakische Massenvernichtungswaffen im zweiten) und durch Geheimdienste provozierte Umstürze zurück (Ukraine). Die Nato ist Teil der amerikanischen Herrschaftsstrategie. In diesem Bündnis hat Amerika automatisch das Sagen. Im UN-Sicherheitsrat, in dem die USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien als ständige Mitglieder ein Vetorecht haben, gibt es hingegen oft ein Patt.

Wenn Sie sich auf diese beiden Prämissen einlassen, macht das Theaterstück, das

wir derzeit vorgeführt bekommen, auf einmal Sinn. Wenn Sie andererseits zu der Auffassung neigen, dass das eine „Verschwörungstheorie“ ist, dann möchte ich Ihnen das Dokument 1035-960 der CIA aus dem Jahr 1967 zur Lektüre empfehlen. In diesem Dokument wies die CIA den diplomatischen Dienst und die Botschaften an, den Begriff „Verschwörungstheorie“ möglichst oft zu benutzen, um politische Gegner zu diskreditieren. Damals kam der Begriff in der Diskussion kaum vor, heute hört man ihn ständig, vor allem dann, wenn jemand kritische Einlassungen, insbesondere zu dem Geheimdiensten und zur Geopolitik, macht. Auch die vorauseilende Entschuldigung „Ich will ja keine Verschwörungstheorien verbreiten“ ist inzwischen oft zu hören.

### Das Phänomen Trump

Donald Trump (\*1946) ist Enkel des aus Kallstadt in der Pfalz ausgewanderten Friedrich Trump (1869–1918) und seiner ebenfalls aus Kallstadt stammenden Frau Elisabeth Christ, die er später in die USA holte. Nachdem er sich in Frederick umbenannt hatte, machte Großvater Trump während des Goldrauschs im Yukon-Gebiet ein kleines Vermögen, unter anderem mit einem Hotel, in dem auch Zimmer für Prostituierte vermietet wurden. Nach dem frühen Tod des Vaters betätigte sich sein Sohn Fred (1905–1999) schon früh geschäftlich und wurde später Immobilienmogul im sozialen Wohnungsbau in Brooklyn mit bis zu 30 000 Einheiten im Bestand. Im Zweiten Weltkrieg gab er an, schwedische Wurzeln zu haben. Donalds Mutter war eine in bitterster Armut



*Kallstadt/Pfalz (1200 Einwohner) – deutsche Heimat der Trumps.*

geborene Schottin. Fred erzog seine Kinder streng. Er nahm Donald immer wieder auf die Baustellen mit, wo er ein strenges Regiment führte, aber für seine Arbeiter immer ansprechbar war. Für einen deutschen Mittelständler wäre das normal gewesen, in der angelsächsisch geprägten Oberschicht war und ist es nicht üblich. Als Teenager musste der aufmüpfige Donald einige Zeit auf eine militärisch geführte Schule. In den 1970er Jahren vermehrte der damals sehr junge Donald Trump das Vermögen der Familie mit waghalsigen Immobiliendeals in Manhattan. In den 1990er Jahren folgte die Expansion in Spielcasinos, die Gründung einer Fluglinie, dann die Pleite der Casinos. Trump behielt seine Immobilien, auch Anteile am Casino-Geschäft, und schaffte ein Comeback. Seit 1999 baut er Golfplätze, 2003 stieg er nach Versuchen mit dem Miss-Universe-Franchise mit *The Apprentice* in das Reality-TV-Geschäft ein und wurde so einer neuen Generation von Amerikanern bekannt.

Ich lebe mit dem Phänomen Donald Trump seit den späten 1980er Jahren: Von 1986 bis 1987 war ich als Austauschstudent in Washington, und im Jahr 1987 kam Trumps erstes Buch *The Art of the Deal* heraus, großspurig, selbstvermarktend, mit einem unglaublich frechen, aber auch frischen Ton. Es wurde ein Mega-Bestseller. Ein Freund schenkte es mir, verbunden mit guten Wünschen für meine zukünftigen geschäftlichen Aktivitäten in den USA. Im selben Jahr äußerte sich Trump erstmalig in ganzseitigen Anzeigen in der *New York Times* zur Außenpolitik der USA. Damals schon wurden ihm Präsidentschaftsambitionen nachgesagt. Er war damals 41 Jahre alt.

Erstaunlich: Trumps Themen waren in den späten 1980er Jahren teilweise dieselben wie im Wahlkampf von 2015 bis 2017. Nur die Länder waren andere. Trump behauptete damals, dass die USA von Japan im Außenhandel unfair über den Tisch gezogen würden. Heute ist nicht mehr Japan der Gegner, sondern China. Außerdem sollten die Verbündeten schon damals mehr für den amerikanischen Schutz zahlen. Nachdem Trump seine Ambitionen lange offen gelassen hatte, unternahm er im Jahr 2000 einige Tests, ob eine Präsidentschaftskandidatur Erfolg haben könnte. Trump wechselte zwischenzeitlich mehrfach die Partei.

## Wahlkampf und Sieg

Am 16. Juni 2015 verkündete er im Trump Tower seine Absicht, für die Republikaner für das Präsidentenamt zu kandidieren, und setzte Ton und Themen für den Wahlkampf. Die These des Journalisten Michael Wolff, dies sei vor allem eine Trotzreaktion auf die Demütigung, die er beim National Press Dinner in Washington 2011 durch Barack Obama erfahren hatte, und dass Trump keine eigentliche Strategie für den Fall des Sieges hatte, ist angesichts der chaotischen Präsidentschaft nicht ganz von der Hand zu weisen. Wieder prangerte Trump die seiner Ansicht nach für Amerika nachteilige Handelspolitik an, diesmal mit China und Mexiko als den Hauptgegnern. Er versprach, die illegale Einwanderung zu stoppen. Der Kandidat versprach außerdem, den radikalen islamischen Terrorismus zu bekämpfen. Gleichzeitig sprach er sich dezidiert gegen die US-amerikanische Interventionspolitik im Mittleren Osten aus und warf den Vorgängerregierungen eine gefährliche Destabilisierung der Region vor. Auch beschrieb er in drastischer Weise den Niedergang Amerikas, den desolaten Zustand seiner Innenstädte, die Kriminalität und das schlechte Bildungs- und Gesundheitssystem. Kein anderer Kandidat war so schonungslos mit seiner Bestandsaufnahme und mit seiner Kritik am etablierten Politikbetrieb. Das traf einen Nerv.

Es folgten Monate einer teils chaotischen Kandidatur, bevor mit der Ernennung von Steve Bannon zum Leiter des Wahlkampfteams im August 2016 etwas mehr Ruhe einzog. Trump zog über den ganzen Zeitraum begeisterte Mengen an. Seine Rhetorik und auch seine Positionen fanden Zuspruch in der schrumpfenden Mittelschicht, die sich durch zunehmend ungleiche Vermögensverteilung ökonomisch bedroht und durch die zunehmende *Political Correctness* in ihrer Freiheit eingeschränkt sah. Er prangerte die Dummheit der Berufspolitiker an und versprach „Jobs, Jobs, Jobs“. Gegenangriffe und Situationen, die ihm gefährlich hätten werden können, parierte Trump mit unglaublicher Chuzpe oder ging lieber gleich selbst zum Angriff über. Unter dem Jubel seiner Unterstützer verkündete er unter anderem seine Absicht, zwischen den USA

und Mexiko eine „große Mauer zu bauen, die die illegale Einwanderung stoppen“ würde. In einer 15-minütigen Rede auf einem traditionellen Wohltätigkeitsdinner in New York, auf dem auch der Bischof von New York und Gegenkandidatin Hillary Clinton anwesend waren, warf er letzterer mehrfach direkt vor, „korrupt“ zu sein. Das Buch *Feuer und Zorn* des Journalisten Michael Wolff gibt einen spannenden und aus meiner Sicht größtenteils durchaus zutreffenden Einblick in den Wahlkampf und die ersten Monate der Präsidentschaft.

Dennoch glaubte kaum jemand, dass Trump siegen würde. Am 2. März 2016 äußerte ich auf einem Podium der Fondsmesse Wien, das unter anderem mit dem stellvertretenden Chefredakteur des österreichischen Rundfunks, Armin Wolf, besetzt war, dass man Trump nicht abschreiben solle: Er könne die Wahl gewinnen. Die anderen Podiumsteilnehmer und das Publikum reagierten erheitert. Washington-Veteran Robert Merry schreibt in seinem sehr lesenswerten Aufsatz *Spenglers Geist und Amerikas Zukunft*: „Es galt daher als sehr wahrscheinlich, dass Hillary Clinton die nächste Präsidentin werden würde. Sie war smart, kampferprobt, allgemein bekannt, verstand sich vortrefflich auf die Geldbeschaffung und wurde weithin respektiert (ihr früherer Ruf als ‚notorische Lügnerin‘ war mittlerweile verblasst, sollte später jedoch wieder aufleben). Auf dem Papier erschien sie als nahezu unbesiegbar.“ Merry weiter: „Wie die Ereignisse zeigten, war diese gängige Einschätzung nicht nur falsch, sondern völlig wirklichkeitsfern. Das Land wollte die alte Politik nicht mehr. Es wollte etwas Neues und Frisches.“ Trump geißelte in seinem Wahlkampf das außenpolitische Abenteuererturn Amerikas und des Westens, die Destabilisierung des Mittleren Ostens, die Einmischung in Libyen, die westliche Aggressivität gegenüber Russland, das Festhalten an der Nato. Er sprach sich gegen Bodentruppen in Syrien aus und deutete an, Russland die Krim überlassen zu wollen. Mit *America First* setzte er auf die Innenpolitik, die Bekämpfung von Kriminalität und illegaler Einwanderung, die Wiederherstellung der Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungssystems. All dies wurde unter dem Slogan *Make America Great Again* verkündet.

Die Wahlnacht war ein Schock für die Demokraten. Leider tat Trump nicht viel, um die Gräben, die sich zwischen ihm und dem Establishment aufgetan hatten, zuzuschütten. Zwar war die *Victory Speech* kurz, staatsmännisch und versöhnlich, nicht aber seine Antrittsrede am 20. Januar 2017 auf dem Kapitol, bei der traditionsgemäß alle Ex-Präsidenten, Verfassungsrichter und Würdenträger anwesend sind. Trumps *Inaugural Address*, die ich aus der Nähe miterleben durfte, war ein Schlag ins Gesicht des politischen Establishments, dem Trump von dieser Stelle aus noch einmal Totalversagen vorwarf und den Fehdehandschuh hinwarf. Die Handschrift Steve Bannons war unverkennbar.

Der Widerstand hatte sich bereits formiert. Als ich am nächsten Tag durch die Stadt schlenderte, sah ich viele Menschen, darunter Frauen, mit pinkfarbenen Mützen, sogenannten *Pussyhats*. Auf Nachfrage erklärten sie, dass sie an einem *Women's March on Washington* gegen Trump teilnehmen würden. Die Demonstration war groß – größer als die Menge bei der Amtseinführung – sowie gut vorbereitet, sehr gut organisiert und finanziert. Und das alles in nur zwei Monaten. Es war klar: Trump hatte von Anfang an mächtige Gegner in Medien, Wirtschaft, Hochfinanz und Politik.

### Auf dem Boden der Realität

Trump's außenpolitische Agenda versprach die Entspannung mit Russland und die Akzeptanz des Verbleibs der Krim bei Russland, einen weitgehenden Rückzug aus dem Mittleren Osten bei gleichzeitigem Fokus auf den Iran als Hauptfeind, die Bekämpfung des radikalen islamischen Terrorismus, die Überprüfung der Sinnhaftigkeit der Nato und die Modernisierung des Militärs. Innenpolitisch hatte er versprochen, der Mittelschicht zu helfen, die Infrastruktur wiederaufzubauen, das Gesundheitssystem zu reformieren, *Obamacare* abzuschaffen, die Kriminalität zu bekämpfen und die illegale Einwanderung zu stoppen. Außerdem wollte er die versprochenen *jobs, jobs, jobs* schaffen. Bereits die ersten Monate Trumps im Amt zeigten, dass mit Trump hier ein Reality-TV-Star, eine Medienpersönlichkeit und ein Selbstdarsteller

ins Amt gespült worden war, der weder den Politikbetrieb in Washington kannte noch die persönlichen Eigenschaften dazu, oder die Managementfähigkeit besaß, ein funktionierendes und kompetentes Team zusammenzustellen. Sein Sicherheitsberater General Michael Flynn, einer der Hauptbefürworter einer Aussöhnung mit Russland, wurde bereits nach einem Monat aus dem Amt gedrängt und durch den geschmeidigeren und den Sicherheitseliten gefälligeren General Raymond McMaster ersetzt. Dieser konnte sich nur ein Jahr halten und wurde dann durch den Hardliner John Bolton, einen Berufspolitiker, ersetzt. Reince Priebus, Geschäftsführer des republikanischen Nationalkomitees, der entscheidend geholfen hatte, die Republikaner hinter Trump zu vereinen, hielt sich nur ein halbes Jahr als Stabschef und wurde dann durch General John Kelly ersetzt. Steve Bannon, der Architekt des erfolgreichen Wahlkampfes und *Chief Strategist*, wurde einen Monat später entlassen.

Am deutlichsten zeigte sich wohl Trumps Unwillen, mit erfahrenen und starken Persönlichkeiten zusammenzuarbeiten, beim Rücktritt des Außenministers Rex Tillerson, der als früherer Chef des Ölmultis ExxonMobil über große internationale Erfahrung besaß und von Trump zuvor in den höchsten Tönen gelobt worden war. Anscheinend hatte sich Tillerson mehrfach negativ über die Unbeständigkeit und auch den fehlenden strategischen Durchblick Trumps geäußert. Auch er wurde durch einen Hardliner ersetzt: Mike Pompeo. So sind im zweiten Jahr der Amtszeit von Donald Trump fast alle Schlüsselpositionen mit Politik-Insidern oder Militärs besetzt. Pressesprecher Sean Spicer, ein Veteran der Republikaner, war ein halbes Jahr im Amt, sein Nachfolger Anthony Scaramucci (*The Mooch*) nur zehn Tage. Mittlerweile wird die Zeitspanne von zehn Tagen in US-Politikerkreisen auch als „ein Mooch“ bezeichnet. Einmal im Amt, warf Trump schnell viele seiner außenpolitischen Wahlkampfversprechen über Bord. Zwar äußerte er weiter Verständnis gegenüber Russland und traf sich mit Putin, aber nach einigem Tauziehen kündigte er an, dass die Sanktionen gegenüber Russland bestehen bleiben würden und dass man die „Annexion der Krim“ nicht akzeptiere. Bereits auf



*Beste US-Freunde: die Saudi-Connection.*

*Foto: AP*

der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2017 rückte Vizepräsident Mike Pence von einer kritischen Beurteilung der Nato ab und betonte stattdessen die amerikanische Treue zu dem Bündnis, das sich in den letzten beiden Jahrzehnten von einem Verteidigungs- in ein Interventions- und Angriffsbündnis gewandelt hatte.

Robert Merry schrieb dazu: „Er unterstützte Saudi-Arabien in seinen kriegerischen Aktivitäten gegen schiitische Länder im Nahen Osten auf eine Weise, die Amerika noch tiefer in die Konflikte dieser Region verstricken musste.“ Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, deren Spenden an die Clinton-Stiftung Trump noch kritisiert hatte, spendeten im Mai 2017 einhundert Millionen Dollar an eine Stiftung, die mit Ivanka Trump verbunden ist, und Trump verkaufte Waffen in noch nicht da gewesenem Ausmaß an Saudi-Arabien. Den Stellvertreterkrieg zwischen den vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen und Saudi-Arabien im Jemen befeuern die USA durch aktive Hilfe für die eine Seite. In Afghanistan zog er die Truppen nicht zurück, sondern verstärkte sie sogar, in Syrien zog er ebenfalls die Truppen nicht zurück, nachdem die syrische Regierung unter Assad den Krieg so gut wie gewonnen hatte. Er stimmte der Aufnahme Montenegros in die Nato zu, schickte seinen Vizepräsidenten nach Georgien, um auch hier die Aufnahme in die Nato voranzutreiben – alles Handlungen, die Russland als unfreundlich ansehen musste. Bis heute geht

der Aufmarsch der Nato an der russischen Grenze weiter. Auch die Bestrebungen, die Ukraine in die Nato aufzunehmen, laufen weiter ungebrochen.

Trump hatte sich schon im Wahlkampf gegen US-Bodentruppen in Syrien ausgesprochen, da Assad der legitime Staatschef Syriens sei und er genauso wie die USA den IS bekämpfe. Aufgrund dieser Positionen stand Trump massiv politisch und medial unter Druck, sodass er im April 2017 einen Raketenangriff mit 57 Tomahawk Cruise Missiles auf zwei Militärbasen in Syrien befahl. Russland wurde allerdings vorher gewarnt, weshalb nur geringer Schaden entstand. Es ist zu diesem Zeitpunkt nicht sicher, ob nicht die hervorragende syrische Luftabwehr einen Großteil der Cruise Missiles abgefangen hat und der Luftschlag auch ohne die Warnung zu einem Desaster wurde. Anders als im Irak, in Libyen und Jugoslawien hat der Westen in Syrien nicht die Lufthoheit für seine Bombenstrategie und kann seine illegalen Kriege nicht nach Belieben führen. Wie dem auch sei: In den folgenden beiden Wochen erntete Trump viel Zustimmung von der „liberalen“ Presse. Die Kritiker verstummten kurzzeitig. Durch Trumps Politik des weitgehenden Heraushaltens konnte Baschar al-Assad den Bürgerkrieg großteils für sich entscheiden und beträchtliche Teile Syriens befrieden. Noch im Herbst 2016 hatte es in den USA massiven Druck gegeben, Bodentruppen nach Syrien zu entsenden. Nachdem die Medien einem möglichen Konflikt zwischen den USA und Nordkorea

mit Hinweis auf die Unberechenbarkeit von Kim Jong-un und Donald Trump immer wieder heraufbeschworen und beide durch Verlautbarungen und Tweets diesen Spekulationen Nahrung gegeben hatten, trafen sich Trump und Kim im Juni 2018 überraschend zu einem Gipfel in Singapur. Nordkorea erklärte im Vorfeld sein atomares Testprogramm für abgeschlossen, zerstörte als Vorleistung sein Testgelände und wollte sich weiter auf den Weg der Denuklearisierung begeben. Das ist eigentlich ein ganz beachtlicher Erfolg für den Westen, wenn der Westen wirklich ein Ende der Spannungen auf der Halbinsel herbeiführen will.

Der Gipfel kann auch als ein versuchter Befreiungsschlag des innenpolitisch bedrängten Donald Trump und des außenpolitisch isolierten Kim Jong-un gesehen werden. Zwei Staatsmänner versuchen, durch außenpolitische Erfolge zu glänzen. Wahrscheinlich macht Marketing-Mann Trump dabei Herrn Kim Versprechen, die er nicht halten können: Die USA brauchen Südkorea als Teil ihrer globalen Herrschaftsstrategie und werden kaum Zuständen zustimmen, die eine friedliche Koexistenz beider Staaten ohne Präsenz der USA möglich machen. Ungeachtet der Gipfelbemühungen stationierten die USA ein neues, gegen China gerichtetes Raketenabwehrsystem in Südkorea. Zwischen Nordkorea und den USA kam es schon kurze Zeit nach dem „großen Gipfelerfolg“ wieder zu Eintrübungen.

In Syrien begann am 8. September 2018 die syrische Offensive gegen Idlib, die letzte Hochburg der vom Westen gerne als „Rebellen“ bezeichneten Kämpfer, die in Idlib aber zu einem großen Teil aus radikalen Islamisten der ehemaligen Al-Nusra-Front und des Islamischen Staates bestanden. Trump, der im Wahlkampf oft gesagt hatte, dass man Baschar al-Assad im Kampf gegen die radikalen Terroristen gewähren lassen sollte, weil Assad und der Westen dasselbe Ziel verfolgten, ließ es zu, dass sein Land militärische Optionen für den Fall des Einsatzes von Chemiewaffen prüfte. Auch wirtschafts- und innenpolitisch ist die Bilanz der ersten 18 Monate Trumps wechselhaft. Mit seinem Einreiseverbot für bestimmte muslimisch geprägte Länder war er gescheitert, die Finanzierung seiner Mauer an der Grenze zu Mexiko stand in den Sternen, und die Abschaffung des bei vielen verhassten

*Obamacare* schleppte sich dahin. Außenpolitische Wahlkampfpositionen hatte Trump schon viele aufgegeben, aber über den direkten Erfolg oder Misserfolg würde die Innenpolitik entscheiden. *It's the economy, stupid* – mit diesem Slogan hatte Bill Clinton 1992 die Wahl gewonnen. Zum Jahreswechsel 2017/2018 wurde im US-Kongress hastig eine massive Steuerreform durchgezogen, da Trump dringend Erfolge brauchte.

Mit der Steuerreform wurde dem Land im Wesentlichen republikanische Standardkost aufgetischt: Steuersenkungen (überwiegend für Wohlhabende und Reiche) sollen die Wirtschaft ankurbeln. Neben den Steuererleichterungen enthielt die Reform auch eine Pauschalbesteuerung für US-Unternehmen, die viel Geld auf Auslandskonten hielten, sowie Erleichterungen, wenn diese Mittel in die USA zurückgeführt würden.

Zudem unterschrieb Trump wesentliche Lockerungen für den *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act*, der von Obama im Jahr 2010 als Reaktion auf die Finanzkrise erlassen wurde. Die komplexen Regelungen des *Dodd-Frank-Act* waren zwar nicht wirklich geeignet, die Finanzmärkte an die Kette zu legen, aber das Gesetzeswerk war zumindest ein Anfang. Da Trump weit weniger als die meisten anderen Präsidenten von der Wall Street abhängig war, war dieses Geschenk an die Wall Street unnötig und auch teilweise im Widerspruch zu dem, was Trump im Wahlkampf versprochen hatte. In den ersten Monaten seiner Amtszeit genehmigt er auch Öl- und Pipelineprojekte ohne Rücksicht auf die Umweltfolgen.

Kurzzeitig funktionierte das Rezept: Die US-Börsenkurse und das Wirtschaftswachstum stiegen. Die Arbeitslosigkeit in den USA sank 2018 auf circa vier Prozent, das Niveau vor der Finanzkrise 2008. Direkt nach der Krise hatte sie bei fast zehn Prozent gelegen. Auch die erweiterte Arbeitslosenquote, welche auch Menschen erfasst, die gerne einen Vollzeitjob hätten, aber die Jobsuche aufgegeben haben oder nur in Teilzeit arbeiten, lag mit 8,6 Prozent auf Vorkrisenniveau. Der Bullenmarkt an der Wall Street wurde im September 2018 neuneinhalb Jahre alt, und war damit bereits der längste und drittstärkste Bullenmarkt seit Beginn der Aufzeichnungen an der Wall Street. Der Dow Jones Industrial Average, besser bekannt

als Dow Jones, der sich während der Finanzkrise von 14 000 Punkte auf 7 000 Punkte halbiert hatte, stand Mitte September 2018 bei 26 000 Punkten. Noch stärker stieg der Nasdaq Composite-Index an, der auch kleinere und spekulativere Werte umfasst. Kein Zweifel: In den ersten ein- einhalb Jahren nach Trumps Amtsantritt herrschte Partylaune an den Börsen.

Langfristig könnte sich jedoch zeigen, dass Steuerreform und die anderen Maßnahmen Trumps ein Strohfeuer entfachten, nach dessen Ende die Wirtschaft schlechter dasteht als je zuvor. Die Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten steigt explosionsartig – um 1 Billion Dollar alleine in den ersten Monaten des Jahres 2018. Und der eskalierende Handelskrieg mit China birgt die Gefahr einer globalen Rezession, die dieses Mal sicher deutlich heftiger ausfallen und länger dauern würde als in der Finanzkrise.

### **Trump, die Medien und der Deep State**

Schon Präsident Dwight D. Eisenhower ermahnte die Politik in seiner Abschiedsrede 1961, den „militärisch-industriellen Komplex“ nicht zu mächtig werden zu lassen. Beim US-Militär sind fast 1,3 Millionen Menschen im Dienst. Im Jahr 2018 gaben die USA mehr für ihr Militär aus als die nächstfolgenden sieben Nationen zusammen. Dass es in den USA mit ihrem gigantischen Militär und ihren 17 Geheimdiensten Machtstrukturen gibt, die nur sehr indirekt von der Politik beaufsichtigt werden, dass es also so etwas wie einen *Deep State* gibt, steht für mich außer Frage. Bereits 2010 arbeiteten mehr als 1200 Regierungsorganisationen und 1700 Privatunternehmen für den Sicherheitskomplex, insgesamt über 850 000 Menschen. Edward Snowden war zum Beispiel zu dem Zeitpunkt, als er an die Öffentlichkeit ging, beim Beratungsunternehmen Booz Allen Hamilton beschäftigt und spionierte dort für den Staat. Selbst die Kriegsführung wird in Teilbereichen zunehmend an Söldner-Unternehmen ausgelagert. Ein Vorteil für die Kriegsführenden: Die offiziellen Todeszahlen sind niedriger.

Trump, der sich im Wahlkampf als erfolgreicher Geschäftsmann und politische Außenseiter positioniert hatte, bekam den Druck und den

Widerstand der Medien, großer Teile des innen- und sicherheitspolitischen Apparats und mächtiger Lobbys von „Tag eins“ an zu spüren. Da er sich für Zölle, geschützte Grenzen und gegen die Auswüchse der Globalisierung ausgesprochen hatte, waren der „liberale“ Medien-Mainstream, viele Unternehmen und deren Manager, die alle einer unkritischen Globalisierungsagenda huldigen, früh auf der Seite der Trump-Gegner.

Anscheinend wurde der Trump Tower schon im Wahlkampf von den Sicherheitsbehörden überwacht, um Beweise für eine angebliche Zusammenarbeit mit Russland zu finden und Trumps Pläne für eine Aussöhnung mit Russland zu torpedieren. Als nach seiner Wahl die Fragen nach einem russischen Einfluss auf die Wahl in großem Stil hochkamen, warf das Übergangsteam von Präsident Trump den Geheimdiensten vor, die Unwahrheit zu verbreiten: „Dies sind dieselben Leute, die sagten, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe.“ Im FISA (*Foreign Intelligence Surveillance Act*)-Skandal wurde durch das FISA-Memo (auch bekannt als *Nunes Memo*) deutlich, dass das Wahlkampfteam von Hillary Clinton bereits 2015 den früheren britischen MI-6-Agenten Christopher Steele angeheuert hatte, um Trump zu diskreditieren und mögliche russische Verbindungen aufzudecken. Es kam heraus, dass Regierungskreise der Obama-Administration darin verwickelt waren, Trumps Wahlkampf-Team abzuhören. Dies waren klar illegale Aktivitäten, auf die bis heute keine nennenswerten Konsequenzen folgten. Trump selbst nannte das „einen Skandal, größer als Watergate“. Involviert waren laut FISA-Memo FBI-Deputy-Direktor Andrew McCabe, der frühere FBI-Direktor James Comey und der stellvertretende Generalstaatsanwalt (Deputy Attorney General) Rod Rosenstein.

Rod Rosenstein hat bis heute die Aufsicht über die Sonderermittlungen zur Beeinflussung des Wahlkampfs im Jahr 2016. Sonderermittler ist der ehemalige FBI-Direktor Robert Mueller, ein Mann fürs Grobe, der das Amt des FBI-Direktors für die zweitlängste Dauer nach dem legendären Gründer J. Edgar Hoover innehatte. Zwölf Jahre lang kann man sich in dieser Position nur mit erheblichem politischem Geschick und wahrscheinlich auch mit unangenehmem

Herrschaftswissen halten. Für J. Edgar Hoover ist das mittlerweile nachgewiesen.

Die Ermittlungen werden von Sonderermittler John Mueller mit äußerster Penetranz und Hartnäckigkeit geführt, unterstützt von einer gigantischen Medienkampagne. Bei den Ermittlungen scheint allerdings nicht allzu viel Belastbares herauszukommen. Im Februar 2018 wurden 13 russische Staatsbürger und drei russische Firmen durch eine Grand Jury wegen „Verschwörung gegen die Vereinigten Staaten, Betrug im Überweisungsverkehr, Bankbetrug und Identitätsdiebstahl“ angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, „über soziale Medien und andere Kanäle rechtswidrigen Einfluss auf die Präsidentschaftswahl 2016 genommen zu haben, um Trump einen Vorteil gegenüber seiner Konkurrentin Clinton zu verschaffen“. Angesichts der Geheimdienst-Methoden, mit denen die USA in vielfach stärkerer Weise in die Innenpolitik vieler Länder eingreifen – zum Beispiel, wie von der ehemaligen Botschafterin Victoria Nuland bestätigt, mit fünf Milliarden Dollar in der Ukraine –, kann man diese Anklageschrift nur als Verzweiflungstat sehen.

Der Druck der Sicherheitsbehörden und des Sonderermittlers lässt aber die Fronten bröckeln. Etliche in den Wahlkampf von Donald Trump involvierte Personen – unter anderem ein früherer stellvertretender Wahlkampfleiter Trumps – bekannten sich der „Falschaussage“ oder der „Verschwörung gegen die USA“ für schuldig. Am 21. August 2018 bezichtigte sich zudem Trumps Rechtsanwalt Michael Cohen, der in Zusammenhang mit der Affäre um mögliche Schweigegeldzahlungen Donald Trumps an Ex-Porno-Star Stormy Daniels in die Schlagzeilen kam, in acht Vergehen für schuldig. Muellers Auftrag scheint zu sein, Trump zu erledigen. Für Trump und seine Gegner scheinen nicht dieselben Maßstäbe zu gelten. James Comey und Rod Rosenstein wurden zum Beispiel für ihre Verwicklung in FISA noch nicht belangt. Auch Hillary Clinton musste keinem Gericht Rechenschaft darüber ablegen, dass ihre *Clinton Foundation* Geld von korrupten Diktatoren und Geschäftsleuten der Dritten Welt angenommen hatte.

Das Thema *Deep State* wird auch durch die Kennedy-Akten illuminiert. Trump hatte



*Zu stürmisch für Donald: Stormy Daniels.*

*Foto: Flickr.com*

versprochen, alle 2800 sich noch unter Verschluss befindlichen Akten zur Ermordung von US-Präsident John F. Kennedy (1963) zu veröffentlichen, um Transparenz zu schaffen. In letzter Minute modifizierte er seine Haltung: Hunderte von Akten wurden nun auf Betreiben von CIA und FBI aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ weiter zurückgehalten und überprüft. Diese Episode zeigt wie viele andere, dass Trump in zahlreichen Fällen – und wie die anderen Präsidenten vor ihm – ein Gefangener des Apparats ist und nur einen begrenzten Spielraum hat. Gleichzeitig wird er erbarmungslos von den Medien getrieben. Noch schießt er zurück.



Ende September 2018 kam heraus, dass Rod Rosenstein im Frühjahr 2017 Mitarbeiter und hohe Beamte der Regierung angesprochen hatte, um Trump heimlich abzuhören und Material für eine Amtsenthebung zu sammeln. Anscheinend war Rosenstein unter anderem sehr aufgebracht gewesen, dass Trump sein kritisches Memo zu James Comey, das für den Dienstgebrauch bestimmt gewesen war, öffentlich als Begründung benutzt hatte, um Comey zu entlassen. In den Medien wurde bereits über eine Entlassung Rosensteins spekuliert, denn dies ist natürlich ein ungeheurerlicher Vorgang. Aber Rosenstein blieb zunächst im Amt, vielleicht auch, um die heiß umstrittene Wahl von Brett Kavanaugh (zum Richter am Obersten Gerichtshof) im Senat nicht zu gefährden.

### Fazit

Dass Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde, ist ein Unfall der amerikanischen Geschichte. Dieser Unfall ist Glück und Unglück zugleich. Glück, weil er den Eliten eine Atempause verschafft, den gefährlichen Kurs zu überdenken, den der Westen derzeit unter Führung der USA verfolgt. Unglück, weil Trump zwar ein hervorragender Wahlkämpfer war, aber als Immobilien-Mogul, Marketing-Mann und Reality-TV-Star offensichtlich weder die strategischen und geopolitischen noch die Management-Fähigkeiten mitbringt, um das Amt auszufüllen. Als Folge von Trumps erraticem Führungsstil herrscht bis heute Chaos im Weißen Haus. Am 5. September



*Hardliner for God's Own Country: Pence. Foto: AP*

2018 wurde in der *New York Times* der Brief eines anonymen Mitglieds der Regierung veröffentlicht, das sich als dem „Widerstand gegen Trump“ zugehörig bezeichnet und der gemeinsam mit anderen Mitarbeitern daran arbeite, die schlimmsten Teile von Trumps politischer Agenda zu entschärfen.

Der Sicherheitsapparat macht unter Trump, was er will. Im Syrien-Konflikt scheinen sich mittlerweile die Hardliner durchzusetzen, die notfalls auch einen militärischen Konflikt mit Russland riskieren würden. Aktuell wird es einsam um Trump. Es wäre sogar möglich, dass der Dauerbeschuss der Medien und der mit viel Aufwand betriebene Versuch, ihm eine „Russland-Connection“ anzuhängen, den 45. Präsidenten der USA zum Rücktritt zwingen – und mit Vizepräsident Mike Pence stünde sofort ein echter Hardliner bereit. Und dann Gnade uns Gott erst recht. 🐘



**Professor Dr. Max Otte** ist Gründer des Instituts für Vermögensentwicklung (IFVE) in Köln und Herausgeber des Kapitalanlagebriefes „Der Privatinvestor“. Der Absolvent der American University Washington D.C. und der Princeton University hatte Professuren an den Universitäten Worms, Graz und Boston inne. Sein aktuelles Buch „Die Finanzmärkte und die ökonomische Selbstbestimmung Europas“ ist im wissenschaftlichen Buchverlag Springer Gabler erschienen.